Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 510. **Mittwoch** den 7. Oktober 1903. **97. Jahrgang.**

Girondisten und Dantonisten in Deutschland.

Als der Abgeordnete Bernstein vor Wochen in einer Abhandlung über die Vizepräsidentenfrage die Zeit der ersten französischen Republik zum Vergleiche herangezog, da ahnte er wohl nicht, daß heute die Geschichte jener Zeit in noch viel größerem Umfange zum Vergleich herangezogen werden kann; freilich nicht, wie es Bernstein tat, für die Schwäche des Königtums gegenüber der siegreich vordringenden revolutionären Partei, sondern vielmehr für die Schwäche und Zerklüftung innerhalb dieser revolutionären Partei, der Bernstein selbst angehört.

Zur Zeit der ersten französischen Republik waren Girondisten und Dantonisten einig in dem Hasse gegen das Königtum, aber zugleich waren sie von wütendem Hasse gegeneinander erfüllt, weil die Girondisten vergleichsweise gemäßigt waren. Dafür wurden sie von den Dantonisten aufs Schaffot geschickt; einige Monate später wurden die Dantonisten von der noch radikaleren Gruppe Robespierres um einen Kopf kürzer gemacht und wieder einige Monate später mußte Robespierre das Blutgerüst besteigen, weil nunmehr wieder ein Umschwung zu Gunsten der gemäßigteren Elemente stattgefunden hatte.

Die Girondisten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie stehen schon auf den ersten Stufen zum Blutgerüste. Der Abgeordnete Göhre hat den Selbstmord dem Henkerstode vorgezogen, indem er sein durch jahrelange persönliche agitatorische Bearbeitung seines Wahlkreises errungenes Mandat niederlegte; der Abgeordnete Hildenbrand-Stuttgart soll dieselbe Absicht haben; der Abgeordnete Braun-Frankfurt a. O. wird von allen Seiten derart von seinen Parteigenossen angegriffen, daß ihm kaum etwas anderes als die Mandatsniederlegung übrig bleiben wird, und der Abgeordnete Heine hat zwar am Dienstag voriger Woche ein Vertrauensvotum von seinen Wählern herausgedrückt, aber Bebel gibt seine Versuche, diesen ihm verhaßten Gegner unschädlich zu machen, nicht auf.

Interessant ist es, daß Robespierre-Bebel dabei nach derselben Taktik verfahren will, wie die Schreckensmänner der ersten französischen Revolution. Er erkennt die Versammlung, die seinem Gegner Heine das Vertrauensvotum gegeben hat, nicht an, sondern verlangt, daß eine neue Versammlung, in der er das große Wort führen will, nur von „organisiertem“ Parteigenossen gebildet werde. In derselben Weise verfuhren die Schreckensmänner, indem sie zu Versammlungen und bei wichtigen Sitzungen des Konvents eine zuverlässige Knüppelgarde mitbrachten, die den gemäßigteren Gegner einschüchterten. Schon auf dem Delegiertentage hatte die Bebelsche Richtung dafür gesorgt, daß zahlreiche Wahlkreise durch „zuverlässige“ Delegierte vertreten waren, und jetzt, wo es ernsthaft an die Abhalfterung der unbequemen Gegner gehen soll, wird Herr Bebel wohl noch sorgfältiger verfahren.

Einstweilen ist ihm der Sieg, wenigstens in Norddeutschland, ziemlich sicher, weil die Girondisten im großen und ganzen mit den „Akademikern“ identisch sind und weil die Massen, die zum fanatischen Hasse gegen den Besitz erzogen sind, instinktiv auch den geistigen Besitz hassen. Wir zweifeln also trotz des dem Abgeordneten Heine erteilten Vertrauensvotums nicht daran, daß, wenn innerhalb der sozialdemokratischen Wählerschaft, die am 16. Juni ihre Stimmen auf Heine vereinigt und ihm zum Siege verholfen hat, ein Plebiszit zwischen Heine und Bebel veranstaltet wird, der erstere mit Pauken und Trompeten durchfällt.

Und doch sollte Herrn Robespierre-Bebel ein wenig davor bange sein, daß er früher oder später dem Schicksale seines ihm geistig überlegenen französischen Vorbildes verfällt. Die Menge geht mit dem Hasse — das ist richtig, aber noch gewisser ist es, daß sie mit dem Erfolge geht. Gesetzt, Heine und Braun sähen sich in der Tat veranlaßt, ihre Mandate niederzulegen, so wäre es selbstverständlich, daß dann an ihrer Stelle Kandidaten aufgestellt würden, die sich unbedingt unter Bebels Diktatur zu stellen bereit erklärten. Ist es dann aber absolut gewiß, daß diese Kandidaten gewählt werden? Der Wahlkreis Frankfurt a. O. war bis zu den diesjährigen Wahlen noch niemals im Besitze der Sozialdemokratie, und auch diesmal hat der Sozialdemokrat in der Stichwahl nur mit einigen hundert Stimmen gesiegt. Den Wahlkreis Berlin III haben die Sozialdemokraten diesmal allerdings im ersten Wahlgange gewonnen, aber noch bei den vorigen Wahlen fiel er ihnen erst in der Stichwahl zu. Ist nun auch in diesen Wahlkreisen die Bebelsche Richtung viel stärker als die gemäßigte, so steht es um die Aussichten der Bebelschen Pagoden doch herzlich schlecht, wenn die Gemäßigten und die Mitläufer, angewidert von der Bebelschen Tyrannei, sich der Stimme enthalten.

Brächte nun Bebel das Kunststück fertig, durch die Hinausgraulung seiner Gegner eine Anzahl sozialistischer Wahlkreise den bürgerlichen Parteien in die Hände zu spielen, so würde er für seine „Genossen“ nicht mehr den Zauber des „Organisators des Sieges“ haben. Er würde innerhalb der Partei nicht mehr August der Starke sein, sondern August mit einem ganz andern Beinamen. Wer weiß, wann die deutsche Sozialdemokratie ihren 10. Thermidor haben wird!

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 6. Oktober. Ueber die Stellung der preußischen Regierung, insbesondere des Ministerpräsidenten Graf v. Bülow, zur Kanalvorlage erhält die „Berl. Börs.-Ztg.“ „von parlamentarischer Seite“ folgende Information:

„Als die Nationalliberalen in ihrem Wahlaufruf die unverkürzte Wiedereinbringung der Kanalvorlage als eine der ersten Forderungen der Partei im Landtag bezeichneten, da griff die gegnerische Presse die Sache auf und daher das Für und Wider in der Presse. Wie die Nationalliberalen dazu kamen, den gedachten Passus in ihrem Wahlaufruf so stark zu betonen, das ist die Frage. Aber auch dies ist kein Geheimnis. Und für diejenigen, denen gegenüber es ein solches ist, sei der Wahrheit entsprechend festgestellt, daß kein Zweifel an der Einbringung vorherrscht; denn Graf v. Bülow, der deutsche Reichskanzler, selbst hat sich in gedachtem Sinne zu nationalliberalen Parlamentariern ausgesprochen. Wir erwähnen dies nur darum, um dem Gerede Nichtinformierter ein Ende zu machen und dem Lande die Gewißheit zu geben, daß der Forderung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, so weit es an der Regierung liegt, Rechnung getragen werden wird. Hieraus ergibt sich, daß die Vorlage auch den Mittelland-Kanal enthalten wird.“

Auch unter Voraussetzung der Richtigkeit der hier aufgestellten Behauptungen sehen wir keinerlei Ursache, unsere im letzten Abendblatte dargelegte Auffassung der Situation, soweit die preußische Regierung in betracht kommt, zu revidieren. Es läßt sich überdies nur schwer die Vermutung unterdrücken, daß die so merkwürdig rechtzeitige ministerpräsidiale Erklärung ein kleines Mittel zur Beeinflussung des Tones im nationalliberalen Wahlaufrufe war. Selbst der Ministerpräsident kennt ja wohl die Stärke und Schwäche der Nationalliberalen: ihre Bereitwilligkeit, zu gunsten der Staatsinteressen ihre eigenen zu vernachlässigen.

C. H. **Berlin**, 5. Oktober. (Wirtschaftliche Veränderungen in Berlin.) Daß die Frauenarbeit im Zunehmen begriffen ist, ist bekannt; es ist ja eine alte Klage gewisser Agitationskreise, daß die weiblichen Arbeiter, weil sie billiger sind, immer mehr die männlichen verdrängen. Speziell in Berlin hört man diese Klagen beständig. Hier ist in der Tat die Frauenfabrikarbeit in gewaltiger Steigerung begriffen. Während 1892 unter 1000 Arbeitern nur 240 weibliche waren, stieg diese Zahl 1901 auf 307 und betrug 1902 325; es wird also fast ein Drittel aller Fabrikarbeit in Berlin von Frauen verrichtet. Das ist ein bemerkenswertes kulturhistorisches Moment. Bemerkenswert ist aber auch das folgende: 1892 wurden in Berlin und Charlottenburg 100 321 männliche und 31 753 weibliche Fabrikarbeiter gezählt, 1901 162 100 männliche und 71 662 weibliche im Aufsichtsbezirke Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf, 1902 in demselben Bezirke 146 095 männliche und 70 446 weibliche. Es ist also seit 1892 eine Abnahme von circa 16 000 männlichen und 1000 weiblichen Arbeitern zu verzeichnen. Hieraus geht hervor, wie richtig die alte Annahme ist, daß in Zeiten geschäftlicher Flaue die Fabrikherren sich lieber der männlichen Arbeiter als der weiblichen entäußern. Die Zahl der Fabriken war seit 1892 ebenfalls in rapider Steigerung begriffen; in dem genannten Jahre wurden 4412 fabrikmäßige Betriebe gezählt, die bis zum Jahre 1901 auf 10 740 anwuchsen. Im Jahre 1902 sind aber fast 1700 fabrikmäßige Betriebe verschwunden, denn es wurden nur noch 9096 gezählt. Es muß also ein kleiner Krach, der äußerlich allerdings nicht sehr bemerkbar geworden ist, an dem wirtschaftlichen Organismus von Berlin gerüttelt und 1700 schwächere Existenzen vernichtet haben.

÷ **Berlin**, 6. Oktober. (Blamage über Blamage.) Das Zentrum holt sich in Oberschlesien eine Blamage nach der anderen. Nachdem bei den Reichstagswahlen im Wahlkreise Kattowitz ein radikaler Pole an die Stelle des früheren Zentrumsabgeordneten getreten ist, hat sich der einflußreiche leitende Redakteur des gemäßigten polnischen Organs Oberschlesiens offiziell vom Zentrum losgesagt und jetzt soll gar der im Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten gewählte Zentrumsabgeordnete Krolik beabsichtigen, sein Mandat niederzulegen, um entweder einem nationalpolnischen Kandidaten Platz zu machen oder sich selbst als Pole wieder wählen zu lassen. Die Größe der dem Zentrum damit zugefügten Blamage übersieht man am besten, wenn man sich der eigenartigen Geschichte der Kandidatur Kroliks erinnert. Mit Rücksicht auf die scharfe Agitation der radikalen Polen in mehreren oberschlesischen Wahlkreisen glaubte das Zentrum den Polen das Wasser abgraben zu können, wenn es in Beuthen-Tarnowitz einen Mann polnischer Abkunft und Gesinnung als Zentrumskandidaten aufstellte. Vergebens beschwerten sich die deutsch gesinnten Katholiken des Wahlkreises darüber, daß die Kandidatur Kroliks doch nur eine maskierte polnische Kandidatur wäre; das Zentrum blieb fest und behielt die Kandidatur Kroliks bei, so daß die deutsch gesinnten Katholiken sich genötigt sahen, der offiziellen Zentrumskandidatur eine eigene gegenüber zu stellen. In der Stichwahl siegte dann Krolik dadurch, daß die radikalen Polen entgegen ihrer Ankündigung mit der Sozialdemokratie ihn unterstützten, weil sie wohl wußten, weß Geistes Kind er wäre. Die Spekulation hat sich als richtig erwiesen, denn wenn sich jetzt Krolik als Pole aufstellen läßt oder wenn ein anderer Pole an seiner Stelle kandidiert, so ist der polnische Sieg gesichert, weil das offizielle Zentrum durch seine Agitation für Krolik und gegen den deutsch gesinnten katholischen Amtsgerichtsrat Anteß in ganz vortrefflicher Weise den Boden für die polnische Saat bereitet hat. Wir können nur wiederholen, was wir schon vor den Wahlen so oft gesagt haben: das Zentrum in Oberschlesien wird deutsch sein oder es wird nicht sein. Wenn es so weiter zwischen Deutschen und Polen laviert wie bisher, wird es nicht nur der deutschen Sache schweren Nachteil zufügen, sondern auch sich selbst. Die Ersatzwahl in Beuthen dürfte den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung liefern.

* **Berlin**, 6. Oktober. (Zentrum und Evangelischer Bund.) Um ihre Leser in dem Glauben zu erhalten, die katholische Kirche werde in Deutschland von allerlei Feinden bedrängt und bedürfe zu ihrer Verteidigung der Zentrumspartei, ist die klerikale Presse in jüngster Zeit eifrig bemüht, den Vorwurf der Störung des konfessionellen Friedens von sich auf die Protestanten und insbesondere auf den Evangelischen Bund abzuwälzen. Da ist denn doch daran zu erinnern, daß der Evangelische Bund nicht bloß ein halbes Menschenalter später als die Zentrumspartei sondern gerade deshalb gegründet worden ist, um die durch die Fortschritte des politischen Katholizismus gefährdeten deutsch-protestantischen Interessen gegen das Zentrum zu vertreten. Die Gründung des Evangelischen Bundes erfolgte am 5. Oktober 1886 in Erfurt, also vor genau 16 Jahren, zu einer Zeit, als das Zentrum bereits eine starke parlamentarische Machtstellung im Reiche sowohl wie in den beiden größten deutschen Bundesstaaten, Preußen und Bayern, erlangt hatte, und die Regierungen anfingen, ihm ein großes Entgegenkommen zu beweisen. Im Evangelischen Bunde suchte man dem landeskirchlich und auch sonst innerlich gespaltenen deutschen Protestantismus ein Organ zur Wahrung seiner gemeinsamen Interessen zu schaffen, ohne dabei an eine Bedrohung der katholischen Religion zu denken. Der Zweck war lediglich die Verteidigung, nicht der Angriff. Daß dem Zentrum der Bestand eines solchen Bundes ein Dorn im Auge ist und daß seine Organe jeden Mißgriff, den sich einzelne Mitglieder des Evangelischen Bundes haben zu schulden kommen lassen, zu Angriffen auf den Protestantismus auszubeuten suchen, ist erklärlich, aber darum doch nicht der Billigkeit entsprechend. Gerade wer, wie wir, die zunehmende Verschärfung der konfessionellen Gegensätze beklagt und bekämpft, hat die Pflicht, die Schlachtstellung der streitenden Kräfte so darzustellen, wie sie ist, und die Schuld dort zu suchen, wo sie in erster Linie gesucht werden muß. (Allgem. Ztg.)

⊙ **Berlin**, 6. Oktober. (Telegramm.) Der „Reichsanz.“ veröffentlicht eine Verfügung vom 27. September, betr. die **seemannsamtlichen und konsularischen Befugnisse**, sowie das **Verordnungsrecht** der Behörden in den Schutzgebieten von **Afrika** und der **Südsee**.

— „Mut, Herr Bebel!“ überschreibt die „Magdeb. Zeitung“ folgende boshafte, aber geschickt gerechtfertigte Aufforderung:

Herr Bebel kennt wohl die Redensart von den großen und den kleinen Dieben: die einen hängt man, und die anderen läßt man laufen. Herr Bebel aber hätte es sich früher wohl nie zugetraut, selber nach diesem Grundsatze zu handeln. Jetzt handelt er in der Tat darnach. Unter den kleinen Parteigötzen will er eine fürchterliche Musterung halten. Genosse Göhre ist schon „geflogen“, und die Heine, Braun, Bernhardt sollen nachfolgen. Warum aber macht sich Herr Bebel nicht an Herrn v. Vollmar heran? Fehlt ihm der Mut? Herr Bebel weiß doch, daß in München der „Kopf des Wurmes“, des revisionistischen Wurmes, sitzt. Warum tritt er nicht nach diesem Kopf? Hat Herr Bebel Angst vor dem Giftstachel des ehemaligen „Jesuitenzöglings“? Und Genosse v. Vollmar ist doch nicht nur der Führer des sogenannten Revisionismus, er ist auch Jahre hindurch der Tischgenosse des Herrn Harden gewesen. Dazu schweigt der Genosse Bebel, der in Dresden jeden für „moralisch tief gesunken“ erklärte, der sich von Herrn Harden auch nur ein paar Blätter weißes Papier einbinden ließ? Eigentlich spielt bei den gegenwärtigen Streitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie Herr Bebel die traurigste Rolle, der gegen die kleineren Genossen losfährt und vor dem Genossen Vollmar doch so schön zu kuschen weiß.

— Am 1. Oktober d. Jrs. sollten die gesamten neuen Bahnhofsanlagen in Hamburg dem Verkehr übergeben werden. Es werden aber mindestens noch zwei Jahre vergehen, bis der Bau so weit gediehen ist. So sieht man vom Hauptbahnhof Steintor, über dessen Fassade man sich jetzt noch streitet, nichts weiter als etliche eingerammte und mit Zement verkleidete Pfähle; auch die Ueberführungen und Brücken sind in ihrer baulichen Ausführung noch sehr weit zurück. Die Gleise der Lübecker Bahn sollten bereits im Vorjahre in die Verbindungsbahn Hamburg-Altona hineingeleitet werden, aber man wartet noch heute darauf. Die langen Viadukte über den Hannoverschen Bahnhof und den ehemaligen Berliner Bahnhof sind noch lange nicht fertig. Der Bau dauert bereits vier Jahre! Die „Volkszeitung“ berichtet von einer interessanten Bemerkung des Kaisers über den Zentralbahnhof. Nach diesem Blatte soll der Kaiser, als ihm der Entwurf vorgelegt wurde, „Einfach scheußlich!“ darunter geschrieben haben.

— Zu den schönen Worten des Kardinal-Erzbischofs Fischer in Köln: „Ein großes Unglück für das deutsche Vaterland ist die Spaltung der beiden christlichen Konfessionen. Vielleicht gefällt es Gott, dem Allmächtigen, wiederum, wie ehedem, ein einheitliches, christliches Volk herzustellen. Wir Menschen können dazu nichts tun. Wir müssen nur bemüht sein, die Gegensätze nicht noch zu verschärfen und die Kluft nicht zu erweitern. Wer das dennoch tut, begeht ein Verbrechen, ja einen Verrat am deutschen Vaterlande“, schreibt die „Kirchl. Gegenw.“: „Die Zunge ist ein kleines Glied und richtet große Dinge an. Aber diese großen Dinge müssen getan werden. Hangen wir also bei den Toten an und gebahren wir jedem evangelischen Toten aus katholischem Friedhofe eine ganz ehrliche Beerdigungsstätte. Das wäre so ein kleiner Anfang; er ließe sich vielleicht auf dem Eichsfelde machen. Und dann nehmen wir uns einmal vor, in keine Mischehe mehr hineinzureden, sondern die religiöse Erziehung der Kinder lediglich den Eltern zu überlassen. Vielleicht vertragen sich dann nach und nach die anderen Leute. Und sollte irgend eine Gesellschaft daran sein, diesen Frieden zu stören — uns fällt so beiläufig die Gesellschaft Jesu ein — dann wollen wir mit vereinten Kräften diese Gesellschaft uns vom Leibe halten. Wir glauben, der Herr Erzbischof kann bei allen solchen Friedensbestrebungen der Hülfe der Evangelischen sicher sein. Aber es wird wohl anders kommen. Die ganze schöne Rede ist in usum imperatoris et Delphini gehalten. Auch die „Norddeutsche“ wird sich daran erbauen und nun nächstens den Mut finden, die Verräter am Vaterlande unter den bösen Protestanten zu suchen.“

— Zur Aussperrung der Metallarbeiter meldet die „Staatsbürger-Ztg.“, mehrere kleinere Fabriken hätten mit den Streikenden Verhandlungen angeknüpft.

* **Oldenburg**, 5. Oktober. Der Oberlehrer Dr. Ries, der Verfasser der Aufsehen erregenden Artikel im „Oldenburg. Residenzboten“, ist wegen einer schweren Erkrankung seines Vaters, des Ministerialsekretärs Ries, entgegen dem Beschlusse der Staatsanwaltschaft gegen eine Kaution von 5000 ℳ am Sonnabend aus der Haft entlassen worden. Der Sohn hat seinen Vater allerdings nicht mehr lebend angetroffen, da letzterer schon am Sonnabend früh gestorben war.

* **Münster**, 5. Oktober. Die Enthüllung des im Schloßgarten aufgestellten Ketteler-Denkmals ist, weil verschiedene Persönlichkeiten, darunter Graf Waldersee, verhindert waren, vom 15. auf den 28. Oktober verlegt worden.

* **Halle**, 5. Oktober. Der freisinnige Verein der Liberalen des hiesigen Wahlkreises acceptierte, der „Saalezeitung“ zufolge, den Vorschlag des bisher bei den Landtagswahlen mit den Konservativen verbündeten Nationalliberalen Vereins betreffs eines gemeinsamen Vorgehens bei den Landtagswahlen und ernannte einen Delegierten für die zu treffenden Vereinbarungen.

⊙ **Erfurt**, 6. Oktober. (Telegramm.) Der Herzog Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha traf heute vormittag 10 Uhr von Reinhardsbrunn in Erfurt ein und besuchte die kunsthistorische Ausstellung. Während des anderthalbstündigen Aufenthaltes gab der Konservator Professor Dr. Voß die kunstgeschichtlichen Erläuterungen.

‡ **Eisenach**, 5. Oktober. Die durch das Großherzogliche Staatsministerium ausgesprochene Amtsentsetzung des bisherigen Ersten Bürgermeisters Dr. jur. Georg von Fewson bildet begreiflicherweise das Gesprächsthema in allen Kreisen der Stadt. Dr. v. F. ist nahezu drei Jahre oberster Leiter von Eisenach gewesen. Er steht im 40. Lebensjahre. Seine gymnasiale Vorbildung genoß er in Danzig, seinen Studien lag er ob auf den Universitäten Berlin, Bonn und Leipzig; seine beiden juristischen Prüfungen bestand er mit Auszeichnung in Leipzig und Dresden. Seit 1890 gehört er dem Kommunaldienst an; 6 Jahre war er in Leipzig tätig als Ratsreferendar und Ratsassessor. 1896 wurde er zum Ersten Bürgermeister von Apolda und 1900 als Nachfolger des nach Cassel berufenen Oberbürgermeisters Müller zum Stadtoberhaupt von Eisenach gewählt. Im Frühjahr d. Js. erfolgte bekanntlich seine Verurteilung zu 2 Monaten Gefängnis, weil er zwei unter Sittenkontrolle stehende Mädchen, die über Urlaub ausgeblieben und von der Polizei zur Anzeige gebracht worden waren, nicht der Staatsanwaltschaft zur Bestrafung überwiesen, sondern mit einem Verweise selbst bestraft hatte. Gegen dieses Urteil hat Dr. v. F. Berufung eingelegt, die noch aussteht. Obgleich das Strafkammerurteil also noch nicht rechtskräftig ist, hat der hiesige Gemeinderat das Ministerium, ohne Berücksichtigung des Ausgangs der Berufung, die Absetzung des Dr. v. F. auszusprechen. Die Körperschaft glaubte aus der Gerichtsverhandlung zur Genüge eine laxe Handhabung der Polizeigewalt nach den verschiedenen Richtungen hin als erwiesen und sah besonders in dem günstigen Zeugnis, welches Dr. v. F. einem zweimal wegen Diebstahls vorbestraften Polizeiwachtmeister zu seinem weiteren Fortkommen dahin ausgestellt hatte, daß er ihm bescheinigte, er besitze sein volles Vertrauen, grobe Pflichtverletzungen. Das Ministerium stellte sich auf Grund eingehender Untersuchungen auf denselben Standpunkt und betonte in der Begründung der Amtsentsetzung, daß die Person des Dr. v. F. keine Garantie biete gegen fernere grobe Ungehörigkeiten und Pflichtverletzungen. Einem weiteren Antrage des Bezirksausschusses, nach welchem die Absetzung des Dr. v. F. auch deshalb zu erfolgen habe, weil es ihm an der erforderlichen Achtung zur Bekleidung seines Amtes fehle, wurde als unbegründet nicht stattgegeben. Mit der Amtsentsetzung ist auch die Gehaltsentziehung vom 20. März d. J. an ausgesprochen worden.

* **Aachen**, 5. Oktober. Zu Ehren des Erzbischofs Kardinal Fischer veranstaltete die Stadt Aachen heute im Ballsaale des Kurhauses ein Festmahl, an dem die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden teilnahmen. Vor dem Sitz des Kardinals prangte der Aachener Ratssilberschatz. Oberbürgermeister Beltman brachte ein Hoch auf den Kaiser und den Papst aus und feierte den Kardinal. In seiner Erwiderung berichtete Kardinal Fischer, daß ihm Papst Pius in der Abschiedsaudienz gesagt habe, er werde die guten Beziehungen, die zwischen seinem Vorgänger Papst Leo und dem Kaiser Wilhelm bestanden, stets weiter pflegen und fördern. (Köln. Ztg.)

* **Frankfurt a. M.**, 5 Oktober. Der Charitas-Verband für das katholische Deutschland begann heute abend seine achte Tagung mit einer Festversammlung im dichtgefüllten Saalbausaale in Anwesenheit der Landgräfin von Hessen und des Bischofs von Limburg, unter Vorsitz des Fürsten Löwenstein. Nachdem der Oberbürgermeister Adickes die Versammlung namens der Stadt begrüßt hatte, sprachen Professor Niz über Ursprung und Ausdehnung der Charitas, Pater Dalmatius über

SLUB
Wir führen Wissen.